

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE

Zusätzlichen öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende schaffen

Der Wohnungsmarkt für Studierende ist angespannt. Die Quadratmeterpreise für WG-Zimmer bewegen sich in innenstadtnahen Quartieren bereits häufig auf einem Niveau um die 20 Euro. Plätze in öffentlich geförderten, deutlich preiswerteren Wohnungen des Studentenwerks sind seit langem knapp: Mehrere hundert Wohnungssuchende stehen jedes Jahr auf den Wartelisten.

Die Unterbringungsquote in den Wohnheimen liegt in Bremen bei 6,36 Prozent - im Ländervergleich rangiert Bremen damit auf dem vorletzten Platz. Im Bundesschnitt beträgt die Unterbringungsquote nach der aktuellen Statistik des Deutschen Studentenwerks 10,13 Prozent.

Das letzte größere Bauvorhaben mit 430 Wohneinheiten wurde 2006 in der Spitaler Straße in Horn-Lehe fertiggestellt. In einer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE erklärte der Senat 2012, dass zusätzliche investive Mittel für den Bau von Studierendenwohnheimen nicht vorgesehen sind. Außerdem sei laut Senatsantwort „keine problematische Wohnraumsituation [für Studierende] erkennbar“ (Drucksache 18/333). Diese Einschätzung verkennt die Realität: Die Sätze für das BAföG, von dem in Bremen überdurchschnittlich viele Studierende leben, entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Lebenshaltungskosten und Mietniveaus. Für viele Studierende aus dem Ausland sind Wohnungen des Studentenwerks ebenfalls die erste Wahl. Die Attraktivität des Hochschulstandorts Bremen entscheidet sich auch an der sozialen Infrastruktur und am Angebot preiswerten Wohnraums.

Zusätzliche Kapazitäten des Studentenwerks entspannen den Wohnungsmarkt nicht nur für die Gruppe der Studierenden: Weil der Wohnungsmarkt insgesamt entlastet wird, wirken sich zusätzliche preiswerte Wohnungen indirekt positiv für Alleinerziehende, junge Familien, EmpfängerInnen von Sozialleistungen oder RentnerInnen aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zusammen mit dem Studentenwerk, der Bremer Aufbaubank, Immobilien Bremen und der Landes-ASten-Konferenz ein Programm für studentischen

Wohnungsbau aufzulegen, mit dem Ziel, bis 2018 mindestens 500 neue öffentlich geförderte Wohneinheiten für Studierende zu schaffen.

Zu diesem Zweck wird

- a) das Studentenwerk an der anstehenden Neuauflage des Wohnraumförderungsprogramms beteiligt;
 - b) am Campus der Universität und der Hochschulen zukünftig auf die Veräußerung öffentlicher Liegenschaften an private Immobilienfirmen verzichtet, die hier Wohnraum oder Gebäude mit Mischnutzung aus Wohnraum und Gewerbe erstellen wollen;
 - c) der Senat gemeinsam mit dem Studentenwerk zeitnah eine Liste mit potentiell geeigneten Flächen erstellen, die sich für den Bau neuer Wohnanlagen eignen;
 - d) der Senat dem Studentenwerk die zu bebauenden Flächen im öffentlichen Besitz kostenfrei überschreiben.
2. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit spätestens im dritten Quartal 2014 ein entsprechendes Umsetzungskonzept vorzulegen.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.